

Viele Bürger wünschen sich größere Landkreise

BaWü-Check: Die Menschen sind offen für eine Verwaltungsreform. Auch wenn es um den eigenen Kreis geht



VON ANNIKA GRAH

Stuttgart Es war ein weitreichender Vorschlag mit dem Manuel Hagel (CDU) im Wahlkampf Schlagzeiten machte. Im November 2024 hatte er sich bei einer Veranstaltung für eine Verwaltungsreform ausgesprochen – zwei Verwaltungsebenen sollten wegfallen. Doch ausformuliert wurde der Vorschlag von dem CDU-Politiker bislang nicht. Lediglich die FDP, die es am Ende gar nicht in den Landtag schaffte, versuchte mit entsprechenden Ideen im Wahlkampf zu punkten. So wollten die Liberalen unter anderem kleinen Kommunen und Landkreisen Anreize für freiwillige Zusammenschlüsse bieten.

Solche Ideen fielen in der Wählerschaft offenbar auf fruchtbaren Boden, wie der aktuelle BaWü-Check zeigt: 42 Prozent der 1006 Befragten halten die Zusammenlegung von Landkreisen für einen guten Vorschlag, 30 Prozent wären dagegen. Geht es um den eigenen Landkreis ist die Zustimmung sogar noch höher.

Fragen an über 16-Jährige

Die Hälfte der Befragten wäre damit einverstanden, wenn der eigene Landkreis mit einem anderen zusammengelegt würde, 27 Prozent wären dagegen. Das Institut für Demoskopie in Allensbach befragte im Auftrag baden-württembergischer Tageszeitungen im Juni 1006 Menschen im Alter ab 16 Jahren. Die Stichprobe ist repräsentativ für die Bevölkerung in Baden-Württemberg.

Geht es um die Zusammenlegung kleiner Gemeinden fällt die Zustimmung sogar noch größer aus. Den Vorschlag, Gemeinden mit weniger als 3000 Einwohnern mit anderen Kommunen zusammenzufassen, finden 59 Prozent sinnvoll. Nur ein Fünftel der Befragten (21 Prozent) spricht sich dagegen aus. Wenig überraschend ist, dass die Zustimmung in Städten – Großstädte (64,4 Prozent), Mittelstädte (59,6 Prozent), Kleinstädte (62,1 Prozent) – höher ausfällt als in Dörfern mit 46,1 Prozent.

Bislang sind solche Pläne aus der grün-schwarzen Koalition noch nicht bekannt. Auch bei den Koalitionsverhandlungen war eine mögliche Verwaltungsreform dem Vernehmen nach kein Thema. Das Land will aber mit den Kommunen eine Zukunftskommission einrichten, in der über grundlegenden Entscheidungen für Städte, Landkreise und Gemeinden diskutiert werden soll. Bis Ende 2026 soll – so steht es im Koalitionsvertrag – außerdem ein Zukunftsbündnis geschlossen werden, dass konkrete Vorschläge zum Bürokratieabbau



machen soll. Ob dann auch über eine Verwaltungsreform gesprochen wird? Noch offen.

Kürzen will die Landesregierung allerdings auf jeden Fall bei sich selbst. In der „zentralen Verwaltung“ sollen bis zum Ende der Legislaturperiode im Jahr 2031 fünf Prozent der Stellen wegfallen. Was genau die zentrale Verwaltung umfasst, ist noch nicht festgelegt. Und zum Regierungsstart hatten Grüne und CDU sich selbst erst einmal je 30 zusätzliche Stellen in eigenen Ministerien zugesagt. Finanzminister Danyal Bayaz (Grüne) beteuerte aber zuletzt, die Landesregierung halte am Abbauziel weiter fest. Konzepte dafür seien in Arbeit.

Das ist auch gut so. Denn vier von fünf Befragten im BaWü-Check finden, dass das Land Personal einsparen sollte. Der zweite Bereich, in dem überwiegend Sparpotenzial gesehen wird, sind Kultureinrichtungen. 72 Prozent der Befragten finden, dass hier weniger Geld ausgegeben werden sollte. Mehr Geld soll hingegen in Gesundheitseinrichtungen wie Krankenhäuser (90 Prozent

Zustimmung) fließen, in die Ausstattung von Schulen (88 Prozent) und Kindergärten (81 Prozent).

Auch Mehrausgaben für Wohnungsbau (78 Prozent) und Straßen (76 Prozent) wird von einer Mehrheit befürwortet. Zwei Drittel finden, dass mehr Geld für Kommunen und Wirtschaftsförderung sowie für die Wissenschaft ausgegeben werden sollte. Angesichts sinkender Steuereinnahmen ist allerdings fraglich, dass das Land für all diese Bereiche mehr Geld zur Verfügung stellen kann. Die Haushaltsberatungen im Herbst dürften von einem harten Sparaktat bestimmt sein.

Die Wunschliste korrespondiert mit der politischen Agenda der Bürgerinnen und Bürgern. Mehr als die Hälfte (56 Prozent) findet, dass das Land für ausreichend bezahlbaren Wohnraum sorgen sollte. Ein Thema, das schon lange weit oben bei den Menschen im Land rangiert, gefolgt von den Aufgaben Arbeitsplätze sichern, Wirtschaft stärken und Bürokratie abbauen. Die Gesundheitsversorgung und Schulen rangieren

temberg. Die Befragten erhalten per E-Mail eine Einladung zum Ausfüllen eines Online-Fragebogens, der 13 Fragen enthielt

► **Stichprobe:** Die Befragten sind Mitglied eines Online-Panels, die Stichprobe wurde durch eine nach Geschlecht, Alter, Schulabschluss und Regierungsbezirk geschichtete Zufallsauswahl gezogen. Die Stichprobe wurde gewichtet, dabei wurde sich nach den Zahlen des Mikrozensus 2025 orientiert. Die Aussagen sind für die deutsche Bevölkerung ab 16 Jahren in Baden-Württemberg repräsentativ. (sk)

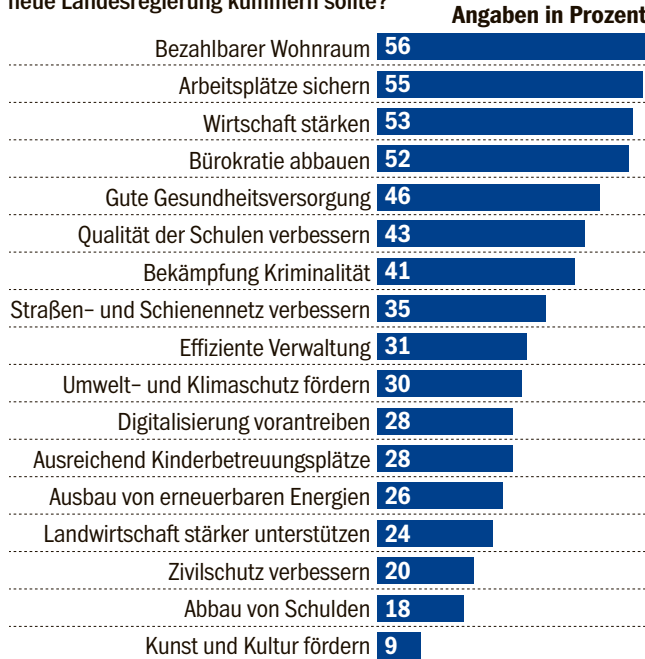


Das Landratsamt Konstanz: Geht es nach den Bürgern im Land, könnte man Landkreise zusammenlegen.

FOTO: CLAUDIA WAGNER

Die politische Agenda der Bürger

Was sind in Ihren Augen die wichtigsten Aufgaben, um die sich die neue Landesregierung kümmern sollte?



Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 16 Jahre

QUELLE: ALLENSBACHER ARCHIV, IFD-UMFRAGE 6195/III / GRAFIKEN: IFD ALLENSBACH, SK

auf Platz fünf und sechs. Das Vertrauen in die Lösungskompetenz der Landesregierung ist aber eher überschaubar. Nur 38 Prozent der Befragten trauen Grünschwarz zu, die Zukunftsprobleme des Landes anzugehen. 33 Prozent sind nicht der Auffassung. Bei der Frage, ob die Landesregierung die Wirtschaft stärken kann, ist es umgekehrt: Nur noch 33 Prozent glauben daran, während 36 Prozent der Auffassung sind, dass das nicht gelingen wird.

Start mit Vertrauensvorschuss

Sowohl Ministerpräsident Cem Özdemir (Grüne) als auch sein Vize Manuel Hagel (CDU) hatten das Thema Wirtschaft im Wahlkampf hochgehängt. Auch in seiner ersten Regierungserklärung nannte Özdemir Wirtschaft „Thema Nr.1“. „Baden-Württemberg wirtschaftlich zu erneuern, die Bremsen zu lösen und Investitionen zu ermöglichen. Das ist die zentrale Aufgabe für die kommenden Jahre“, sagte er im Mai im Landtag.

Als erstes will Özdemir noch vor der Sommerpause ein Effizienzgesetz zum Bürokratieabbau umsetzen, Genehmigungsverfahren sollen beschleunigt werden, außerdem soll ein Zukunftsfonds aufgesetzt werden, um Firmen im Umbruch über schwierige Zeiten hinweg zu helfen.

Allerdings trauen die Befragten im BaWü-Check der Landesregierung auch beim Thema Stellenabbau in der Automobilindustrie wenig zu. 55 Prozent der Befragten halten die Landesregierung an der Stelle für weitgehend machtlos. Und auch beim Bürokratieabbau gibt es Zweifel: Lediglich 22 Prozent glauben, dass es der grün-schwarzen Landesre-

gierung gelingen wird, spürbar Bürokratie abzubauen.

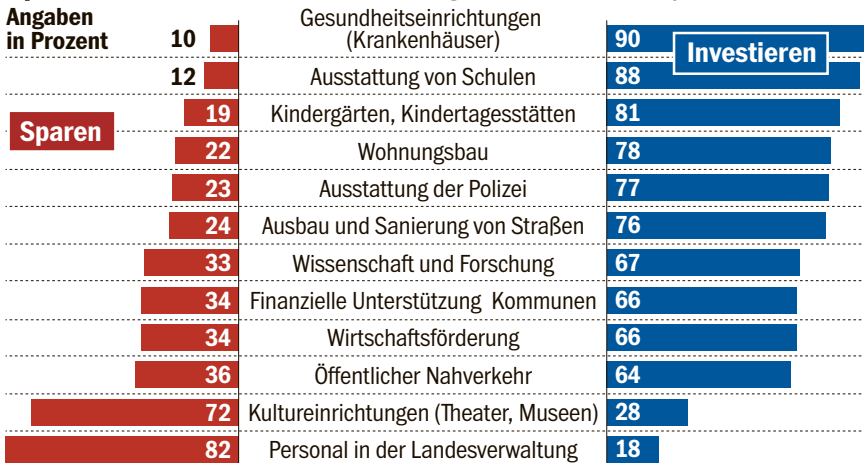
Gut die Hälfte hält das nicht für realistisch. Die größten Zweifel haben Anhänger der AfD und der Linken. Die eigenen Rechte wollen viele Bürgerinnen und Bürger aber auch nicht beschnitten sehen, um Genehmigungen und Verfahren zu beschleunigen: 41 Prozent halten es für falsch, die Einspruchsmöglichkeiten bei großen Infrastrukturmöglichkeiten wieder zu reduzieren, nur 37 Prozent sind dafür.

Alles in allem startet die neue grün-schwarze Landesregierung mit einem Vertrauensvorschuss in die erste Legislaturperiode unter ihrem neuen Ministerpräsidenten. Cem Özdemir trauen 53 Prozent der Befragten zu, ein guter Ministerpräsident zu werden. Zum Vergleich: Winfried Kretschmann (Grüne) kam zum Ende seiner 15-jährigen Amtszeit im BaWü-Check im Februar auf 50 Prozent. Dabei sind nicht nur Anhänger der Grünen überzeugt, auch bei Unterstützern CDU (58 Prozent), SPD (70 Prozent), FDP (54 Prozent) und Linken (56 Prozent) kann der neue Ministerpräsident punkten. Unter den AfD-Anhängern trauen ihm immerhin 14 Prozent zu, ein guter Ministerpräsident zu sein.

Was die Zusammenarbeit zwischen Grünen und CDU angeht, glauben 41 Prozent, dass die neuen alten Koalitionäre gut zusammenarbeiten werden, während 32 Prozent denken, dass es viel Streit geben wird. Nach dem eher schwierigen Start in die Sondierungsverhandlungen und einzelnen Scharmützeln während der Koalitionsverhandlungen waren bislang keine größeren Konflikte aus dem Regierungsumfeld bekannt geworden.

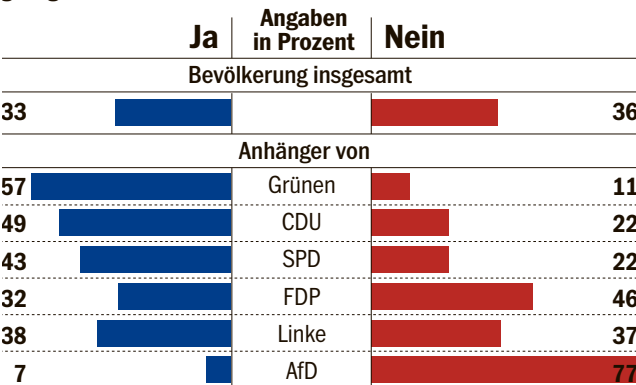
Sparen oder investieren?

In welchen Bereichen sollte das Land eher mehr Geld ausgeben und in welchen sparen?



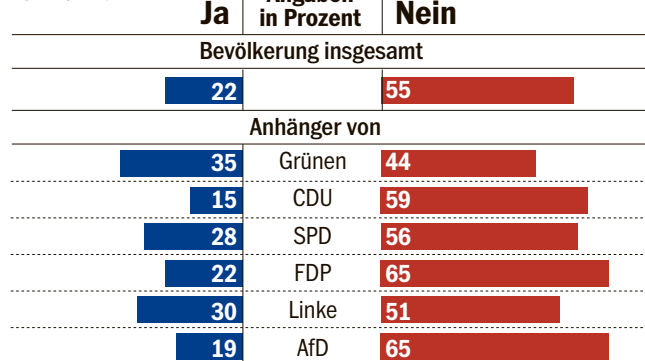
Stärkung der Wirtschaft

Einer der Schwerpunkte im Koalitionsvertrag ist die Stärkung der Wirtschaft. Glauben Sie, dass es der neuen Landesregierung gelingen wird?



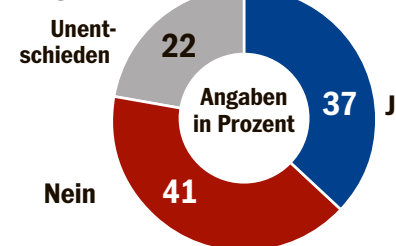
Weitgehend machtlos

In den letzten Jahren sind viele Arbeitsplätze in der Automobilindustrie weggefallen. Glauben Sie, dass man mit den richtigen Maßnahmen etwas gegen einen weiteren Stellenabbau unternehmen kann?



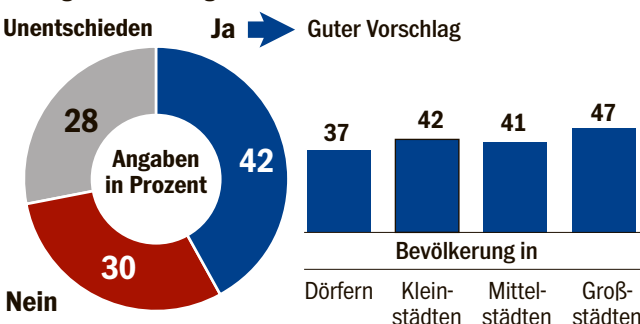
Einspruch einschränken

Um die Genehmigungsverfahren bei großen Bau- oder Infrastrukturprojekten zu verkürzen, will die neue Landesregierung die Einspruchsmöglichkeiten der Bürger einschränken. Halten Sie das für richtig?



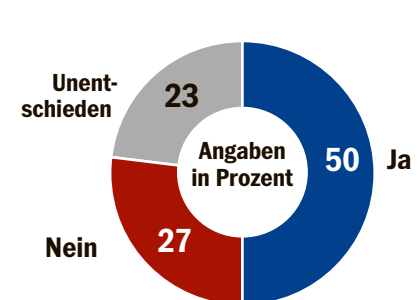
Zusammenlegung von Landkreisen

Um Kosten zu sparen, gibt es die Forderung, die Anzahl der Landkreise zu reduzieren. Halten Sie das alles in allem für einen guten Vorschlag?



Zusammenlegung Landkreise

Wenn der Landkreis, in dem Sie leben, mit einem anderen Landkreis zusammengelegt werden würde: Wären Sie damit einverstanden?



Begrenztes Vertrauen in die Lösungskompetenz

Trauen Sie der neuen Landesregierung zu, dass sie in der Lage ist, die Zukunftsprobleme Baden-Württembergs anzugehen?

